

Der Vatikan ist nicht genug

Korruption René Brülhart machte sich einen Namen bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, zuerst in Liechtenstein, seither im Auftrag des Papstes. Nebenbei geschäftet der Freiburger jedoch mit Leuten, die selbst in Bestechungsfälle verwickelt sind.

Bernhard Odehnal,
Thomas Knellwolf
und **Christian Brönnimann**

Düstere Wolken über schneebedeckten Gipfeln. Wie Pfeile durchbohren Sonnenstrahlen das bedrückende Dunkel. Vor dieser apokalyptischen Alpenkulisse steht ein Mann. Dunkler Anzug, weisses Hemd, stechender Blick. Das ist René Brülhart. Als «James Bond der Finanzwelt» tauchte er oft in Medien auf.

Wer den Namen des 46-jährigen aus dem Kanton Freiburg googelt, stösst auf das Foto vor dieser düsteren Bergwelt. Der Jurist Brülhart hat die Aufnahme offenbar selbst anfertigen lassen, zu einer Zeit, als er in Liechtenstein die Stabsstelle für die Erkennung von Geldwäscherei und Organisierter Kriminalität (FIU) leitete. 2012 holte ihn der Papst aus Vaduz in den Vatikan, als Leiter der Finanzaufsicht. Seither haben Zeitungen das Image des knallharten Kämpfers gegen Geldwäsche und Korruption weiter verfestigt. Sie betitelten ihre Porträts mit «Der Hartnäckige» oder «Das gute Gewissen des Vatikans».

Nun zeigen Dokumente, die dem Tamedia-Recherchedesk vorliegen, eine andere, eine nicht amtliche Seite des Schweizer. Brülhart bekämpft nicht nur öffentlichkeitswirksam Finanzverbrechen. Er arbeitet auch – diskret und gegen gutes Geld – für Personen, die unter Korruptionsverdacht stehen.

Wie die «SonntagsZeitung» gestern berichtete, flossen rund 2,5 Millionen Franken von der Firma Petrosaudi zu einer Firma, an der Brülhart beteiligt ist. Petrosaudi wiederum ist in den Milliardenbetrug beim malaysischen Staatsfonds 1MDB verwickelt. Für die Bundesanwaltschaft in Bern ist dies einer der grössten Fälle, weil auch grosse Summen über die Schweiz verschoben wurden. Im September 2018 liess sie gemäss eigenen Angaben Gelder im Zusammenhang mit den Zahlungen an Gesellschaften von Brülhart blockieren. Es komme häufig vor, dass Strafbehörden bei Wirtschaftsverfahren Konten von unbeteiligten Drittpersonen beschlagnahmten, entgegen dieser: Weder er noch seine Gesellschaften seien in Verfahren der Bundesanwaltschaft beschuldigt worden.

Besonders pikant an der Sache ist nicht nur, dass zu Konten von Firmen eines profilierten Geldwäscherei-Bekämpfers eine Schweizer Bank einen Geldwäscherei-Verdacht meldete. Bei Brülhart handelt es sich auch um einen Vertrauten von Bundesanwalt Michael Lauber. Die beiden sind seit gemeinsamen Liechtensteiner Zeiten befreundet und sahen sich bis vor kurzem öfters.

Er warnte vor «korruptem Bullen»

Es ist auch nicht das erste Mal, dass der Name René Brülhart in Ermittlungsakten auftaucht. Mehrfach genannt ist er in deutschen, österreichischen und schweizerischen Ermittlungsunterlagen, in denen es um Bestechung von Beamten geht. In



Als «James Bond der Finanzwelt» hatte René Brülhart nicht nur den Vatikan als Auftraggeber. Foto: Stephan Pick (Roba Images)

den Ländern laufen miteinander verwobene Verfahren wegen privater Nachrichtenbeschaffungen auf mutmasslich illegalen Wegen. Brülhart wird auch hier nirgendwo als Verdächtiger geführt.

Aber er war Geschäftspartner einer der Beschuldigten – der deutschen Privatagentin Christina Wilkening. Die heute 71-jährige, einst aktiv für die DDR-Staatssicherheit, arbeitete im Auftrag grosser Konzerne und osteuropäischer Oligarchen, die etwas über ihre Konkurrenten oder über Ermittlungen der Justiz gegen sie herausfinden wollten. Dafür baute die Berliner in über Jahrzehnte ein Netzwerk

von Anwälten, Journalisten und Beamten auf, die ihr Informationen lieferten und dafür bezahlt wurden. In vielen Fällen war das durchaus legal. Bei Polizei-, Geheimdienst- und Finanzbeamten eher nicht. 2017 wurde Wilkening in Deutschland verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt, unter anderem weil sie dort einen Kriminalhauptkommissar geschmiert hatte.

Aus den Aussagen Wilkenings vor deutschen Ermittlern geht hervor, dass Brülhart vor der Zusammenarbeit mit dem später verhafteten deutschen Polizisten warnte: Korrupter, bezahlter

Bulle, das sei nichts für ihn, soll er erklärt haben. Als Jurist war sich Brülhart bewusst, dass er gewisse Grenzen nicht überschreiten darf.

Doch wie ging er mit möglichen Interessenkonflikten zwischen seinen Ämtern und den Aktivitäten als eine Art freiberuflicher Geheimdienstler um? Als Brülhart 2012 Vaduz Richtung Vatikan verliess, gründete er in Zürich auch eigene Firmen, die RnB AG und darauf den Europa-Ableger der amerikanischen Beratungsfirma TD-International (TD-I), die Unternehmen unterstützt, um «Imageschäden und politische Risiken» zu vermeiden. Hinter TD-I stehen ehemalige US-Militärs und Diplomaten, die laut Medienberichten für den Geheimdienst CIA tätig waren.

Zu den europäischen Kontakten von TD-I gehörte auch Christina Wilkening, die gemäss Justizunterlagen Brülhart schon zuvor in Zürich und Vaduz getroffen hatte. Wilkening sagte im deutschen Strafverfahren aus, TD-I sei «in vielen Fällen» ihr Auftraggeber gewesen. Die jahrelange Kooperation ist nun dokumentiert in Ermittlungsakten, die diese Redaktion einsehen konnte.

Verdacht des Amtsmissbrauchs

Besonderes Interesse der österreichischen Strafverfolger weckt ein sichergestellter Mailverkehr ab Juli 2015: Brülhart bittet Wilkening um Recherchen über den Russen Aleksej K., den Ex-CEO eines grossen russischen Software-Entwicklers. K. habe sich in Österreich niedergelassen, dort 40 Millionen Dollar Vermö-

Ermittler vermuten, dass Brülhart im Auftrag von Konkurrenten des Managers K. handelte.

genswerte angegeben und eine Steuererklärung abgegeben, schreibt Brülhart: Könnten diese Angaben verifiziert werden? Und wenn ja: «Was würde das kosten?» Wiener Ermittler vermuten nun, dass Brülhart im Auftrag russischer Konkurrenten des Managers K. handelte. Wilkening antwortet Brülhart, dass so eine Anfrage nur «Hubert B.» machen könne, ein Chefinspektor beim österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Sie schreibt noch, Brülhart kenne den Beamten des Inlandsgeheimdienstes in Wien ja auch.

Darauf erhält Brülhart laut Ermittlungsakten von Wilkening einen Kostenvoranschlag fürs Ausheben von Steuerdaten. Wilkening fordert Brülhart auf, «für H.s Mühen» noch etwas draufzuschlagen – gemeint ist wohl eine Prämie für die Mühen des Hubert B.

Tatsächlich wurden danach auf einem österreichischen Amt die Steuerinformationen des Russen K. abgefragt. Später tauchten sie in diffamierenden Berichten in der russischen Presse wieder auf. In Österreich wird seither gegen mehrere Finanz-

beamte sowie Chefinspektor B. wegen «amtsmissbräuchlicher Handlungen» ermittelt.

Hat jemand für diesen mutmasslichen Amtsmissbrauch bezahlt? Die Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien gibt keine Auskunft zum Fall. Brülhart antwortet dem Tamedia-Recherchedesk, dass er in den Strafverfahren weder Partei noch zu Befragungen vorgeladen worden und bei keinem in der Anfrage erwähnten Projekte beteiligt gewesen sei. Zu möglichen Mandaten und «damit zusammenhängenden oder vermuteten Aktivitäten» könne er aus Vertraulichkeitsgründen keine Auskunft geben.

Kein Couvert für Lauber

Brülhart schreibt weiter, er stelle sich «höchste Anforderungen an die Einhaltung von rechtlichen Vorschriften und ethischen Standards». Sonst «wäre es mir unmöglich, verantwortungsvolle Mandate wie das Präsidium der Finanzaufsicht des Vatikans glaubwürdig wahrzunehmen».

Wilkening wollte zudem über Brülhart auch Bundesanwalt Lauber angehen. Der Grund: Die Bundesanwaltschaft ist daran, ein Korruptionsverfahren gegen den ukrainischen Ex-Minister Mykola Martynenko abzuschliessen. Wilkening, die für die Martynenko-Seite agierte, wollte Brülhart dafür gewinnen, seinem Freund Lauber ein Couvert mit angeblich entlastenden Informationen zu übergeben. Gemäss ihren Aussagen weigerte sich Brülhart, dies zu tun. Auch ihren Wunsch, Lauber zu dritt zu treffen, habe er ausgeschlagen.

Rücktrittsforderungen an Bundesanwalt Lauber

Bundesanwalt Michael Lauber ist nach seinem versuchten Befreiungsschlag an einer Pressekonferenz vom Freitag übers Wochenende erneut kritisiert worden. In der «SonntagsZeitung» forderten Parlamentarier seinen Abgang wegen der Geheimtreffen mit Fifa-Chef Gianni Infantino und des Angriffs auf die eigene Aufsichtsbehörde. Der Zürcher SVPLer Alfred Heer sagt: «Er muss ersetzt werden.» Der Genfer Sozialdemokrat Carlo Sommaruga zeigt sich «tief schockiert» über die Attacke auf die Aufsicht, welche ein Disziplinarverfahren gegen Lauber eingeleitet hat, und folgert: «Es bleibt nur ein Ausweg, um den Rechtsstaat zu retten: sein Abgang.» Damit stellen sich zwei Schwergewichte aus den grössten Parteien im Nationalrat gegen Lauber.

Heute Montag müssen der Bundesanwalt sowie Aufsichtschef

Hanspeter Uster bei der Geschäftsprüfungskommission des Parlaments antraben. Parlamentarier fällen bis Mittwoch Vorentscheide über die von Lauber angestrebte Wiederwahl. Zu reden geben dürfte im Bundeshaus die Bestätigung der Bundesanwaltschaft, dass sie bei mindestens einer Firma, die Lauber-Freund René Brülhart teilweise gehört, Geld blockiert hat. Lauber ist gemäss Angaben seiner Pressestelle erst nach vier Monaten darüber informiert worden. Die «NZZ am Sonntag» machte zudem publik, dass auch in Strafakten zum Grossfall Petrobras Hinweise auf Geheimtreffen der Bundesermittler auftauchen. Einem Beschuldigten will die Bundesanwaltschaft Reisekosten für nicht weiter dokumentierte Ermittlungshandlungen belasten. Dies bestätigte dessen Verteidiger Rolf Schuler. (red)